

(Arbeitsbücher für Flüchtlinge.) Gestern erschien der Bezirksvorsteherstellvertreter des zweiten Wiener Gemeindebezirkes beim Bürgermeister Doktor Richard Weiskirchner, um ihm die Bitte vorzutragen, daß den Flüchtlingen, denen bisher die Ausstellung von Arbeitsbüchern versagt wurde, in Zukunft die Möglichkeit zur Arbeit geboten werde. Die ursprüngliche Annahme — führte Bezirksvorsteherstellvertreter Klebinder aus —, daß die Zulassung der Flüchtlinge zur Arbeit ein plötzliches Zuströmen von Arbeitskräften bedeute und als eine bedenkliche Erhöhung des Angebotes von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarke die Arbeitslöhne und die Einkommensverhältnisse der bodenständigen Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen müsse, habe sich als unrichtig erwiesen. Es werde im Gegenteil allgemein über den Mangel an Arbeitern Klage geführt. Trotz der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitern sei jedoch den Flüchtlingen, die zum großen Teil selbst von dem lebhaften Wunsche nach Arbeit besetzt sind, keine Möglichkeit geboten, sich selbst ihr Brot zu verdienen, sondern sie seien auf Almosen und auf die staatlichen Unterhaltsbeiträge angewiesen. Die Behörden verweigern die Ausstellung von Arbeitsbüchern selbst an jene, die in der Lage sind, Befähigungen von Arbeitgebern vorzuweisen, daß sie bereit wären, ihnen Verdienst zu geben. So sehen sich also zahlreiche Flüchtlinge zum Müßiggang gezwungen, der demoralisierend wirken müsse und keine guten Folgen zeitigen könne. Und doch seien auch die Flüchtlinge österreichische Staatsbürger, die als Opfer des Krieges besondere Rücksicht verdienen. Auch gehe es schwer an, diesen bedauernswerten Heimatlosen das vitalste Recht der Menschen, das Recht auf Arbeit, zu schmälern. Und da gerade im zweiten Wiener Gemeindebezirke die Hauptmasse der Flüchtlinge ihre Wohnstätte gefunden hat, so sei es gerade für den Vertreter dieses Bezirkes besonders dringend, die Intervention des Bürgermeisters anzurufen, damit ehestens mit der Ausstellung von Arbeitsbüchern an Flüchtlinge begonnen werde. Es werde dies auch im Interesse vieler Leopoldstädter Firmen gelegen sein, die ständig über Arbeitermangel klagen; aber auch zahlreichen Menschen wäre damit geholfen, die gerne arbeiten wollten und könnten, aber wegen des Mangels an Arbeitsbüchern nicht arbeiten dürfen. Der Bürgermeister nahm die Mitteilung des Bezirksvorsteherstellvertreters Klebinder zur Kenntnis und erklärte, er werde von dem vorgebrachten Wunsche unverzüglich die Regierung in Kenntnis setzen.